Der Weltkrieg

32

Deutschösterreichische Wirtschaftspolitik

Anton Flügler (Karlsruhe)

15 Pf.

Sekretariat Sozialer Studentenarbeit

Politische Notwendigkeiten können *wirtschaftliche* Maßnahmen rechtfertigen, die, absolut betrachtet, in sich selbst, in ihren Folgen *keine* Rechtfertigung finden. Wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Maßnahmen können aber auch den festen *Kitt* bilden, der Völker dauernd *politisch* verbindet. Sie können Interessengemeinschaften bilden, die die beste Grundlage für eine *gemeinsame Außenpolitik* ist. Man kann sogar noch weitergehen und sagen: *Erst* die Verkettung der *wirtschaftlichen* Interessen zweier Völker wird überhaupt ihre politische Verbindung sichern. Wir haben ja die *Auswirkung* dieser Tatsachen am intensivsten in Deutschland selbst erlebt. Die wirtschaftliche Interessengemeinschaft, die der *Zollverein* in langsamer, aber alle Kreise der Bevölkerung durchdringender Arbeit geschaffen hatte, war der feste Unterbau, auf dem das stolze Gebäude des Deutschen Reiches errichtet worden ist, und allein errichtet werden *konnte*. Österreich hat seinerzeit diese Bedeutung des Zollvereins erst spät — zu spät für seine damaligen Interessen — erkannt. Erst Anfang der 50er Jahre machte es wirkliche Anstrengungen, um in den Zollverein aufgenommen zu werden. Preußens Interesse lag in der *entgegengesetzten* Richtung, und es benutzte sofort die Gelegenheit, um den Mitstreiter um die politische Vorherrschaft in Deutschland beiseite zu schieben. Und dazu bot eine *handelspolitische* Maßnahme das Mittel. Der Handelsvertrag Preußens mit *Frankreich* vom Jahre 1862 bedeutete eine energische Schwenkung zur Freihandelspolitik. Österreich, dessen Industrie weit zurückgeblieben war, war auf einen starken Zollschutz nach wie vor angewiesen. Durch diese Tatsache und den Umstand, daß Frankreich in dem Handelsvertrag das Recht der *Meistbegünstigung* eingeräumt worden war, war der Aufnahme Österreichs in den Zollverein ein Riegel vorgeschoben — damit aber war auch der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland tatsächlich endgültig entschieden.

Mit fast elementarer Wucht ist bald nach Kriegsbeginn die Forderung aufgetreten, daß als Frucht dieses Krieges — möge er aus-

fallen wie er wolle — die *wirtschaftliche Einigung* oder doch wenigstens *Annäherung* zwischen Deutschland und Österreich kommen müsse. Die *politischen* Voraussetzungen hierzu sind ja zum großen Teil so günstig wie noch nie, drängen zum Teil darauf hin. Vor dem Kriege schien es, als ob alle dahingehenden Bestrebungen — und ganz haben sie ja nie geruht — vollständig zur *Ergebnislosigkeit* verurteilt wären. Der Krieg hat aber überall das Bewußtsein eingehämmert, daß Deutschland und Österreich auf lange Zeit eine starke Schutzmacht miteinander bilden müssen, hat aber auch die Erkenntnis gefördert, daß beim Beginn der Friedensverhandlungen die beiden Staaten in den *Grundzügen ihrer Handelspolitik* zueinander *einig* sein müssen. Noch mehr als bisher werden bei den Friedensverhandlungen nach diesem Kriege die *handelspolitischen* Fragen einen breiten Raum einnehmen. Da gilt es, für Deutschland und Österreich möglichst *günstige* Bedingungen herauszuholen, und das wird um so leichter sein, je *inniger* beide Zentralmächte zusammengehen. Dieses Zusammengehen wird ihnen handelspolitisch die gleiche *Stoßkraft* geben, wie sie ihnen die enge *militärische* Verbindung gegeben hat. Es muß eine Frucht des Sieges sein, daß uns der *Weltmarkt offen* steht, daß wir kaufen und verkaufen können, wo wir wollen. Diese Frucht wäre gefährdet, wenn bei den Friedensverhandlungen Deutschland und Österreich nicht in ihren handelspolitischen Forderungen einig wären. Irgendwelche *politische Bedenken* von der Art, wie sie in den 50er und 60er Jahren für Österreich und Preußen ausschlaggebend waren, sind heute nicht mehr vorhanden. Heute, wo wir zwei große Mächte haben, mit einer starken innern Gewalt, ist die Gefahr einer *Rivalität* um die Vorherrschaft beseitigt, wenn nur selbst bei der innigsten wirtschaftlichen Annäherung die *Selbständigkeit* beider Staaten gewahrt wird. Wir werden später noch darauf zu sprechen kommen, ob es möglich ist, eine vollständige *Zollunion* zwischen beiden Staaten durchzuführen. Selbst wenn diese engste wirtschaftliche Verbindung zustande käme, woran — um es gleich zu sagen — allerdings nicht zu denken ist, dürfte es nur durch *völkerrechtliche* Vereinbarung und Bindung geschehen. Ein gemeinsames, womöglich noch durch allgemeine Wahlen gewähltes *Zollparlament* würde eine staatsrechtliche Verbindung zur Folge haben, die beide Mächte in ihrer innern Selbständigkeit *bedroht* und deshalb wieder Zustände schaffen könnte, die von denen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts sich nicht wesentlich unterschieden.

In dem Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn als eine Staatseinheit und Deutschland liegen heute keine Gründe, die einer wirtschaftlichen Annäherung entgegenstehen. Um so mehr in dem Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn. In der äußern Politik bilden diese beiden Teile der Donaumonarchie eine Einheit — durch den sogenannten „Ausgleich" sind sie auch wirtschaftspolitisch eng miteinander verbunden, sie haben eine Zollunion. Bei den Sonderbestrebungen, die die Ungarn immer gehabt haben und die sie auch in diesem Kriege mit Umsicht und Zähigkeit verfolgen, besteht aber die Gefahr, daß ein solcher Ausgleich einmal nicht zustande kommt. Die Lage wäre dann so, daß Deutschland gezwungen wäre, mit Österreich und Ungarn gesondert zu verhandeln und mit jedem einen besondern Vertrag abzuschließen — oder aber überhaupt darauf zu verzichten, mit Ungarn in ein näheres handelspolitisches Verhältnis zu treten. Daß Deutschland mit Österreich und Ungarn als zwei Vertragsteilen eine wirtschaftliche Annäherung eingeht, darf man wohl für ausgeschlossen halten, eher wäre es denkbar, daß Ungarn überhaupt ausscheidet und eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft mit Österreich allein geschlossen wird, wobei allerdings nicht verkannt werden soll, daß ein Bündnis ohne Ungarn ihm für Deutschland viel von dem volkswirtschaftlichen und auch politischen Werte nehmen würde. Inwieweit das der Fall wäre, werden wir später noch sehen. In Nr. 217 der „Frankfurter Zeitung" findet Eugen v. Philippowich scharfe, aber nicht unberechtigte Worte gegen die Ungarn: „Die Ungarn verstehen es nur besser, ihren Willen durchzusetzen als die österreichische Regierung, die heute schon vor einem selbständigen Entschluß in der Frage der künftigen Handelspolitik der Monarchie aus Angst vor Ungarn zurückschreckt. Wir können es ruhig den Ungarn überlassen, sich handelspolitisch von uns zu trennen, wenn sie es durchaus wollen." Vielleicht wäre der letztere Vorschlag das beste Mittel, die Ungarn zu bewegen, sich handelspolitisch möglichst eng wieder an Österreich anzuschließen. Das dürfen wir in Deutschland wohl hoffen, daß Österreich weiß, was es will und ohne zu zaudern die geeigneten Mittel und Wege ergreift, um das als Recht Erkannte durchzusetzen.

Wenngleich aus Österreich und Ungarn Stimmen kommen, die warm für eine wirtschaftliche Annäherung mit Deutschland sprechen, so sieht man doch dort vielfach die Frage mit mehr Mißtrauen, kälter und nüchterner an als in Deutschland. Vielfach macht man in Österreich und Ungarn das Zustandekommen eines wirtschaftlichen Bündnisses von der vorherigen Einigung der beiden Teile

der Donaumonarchie abhängig. Bei einer Sitzung der ungarischen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Budapest stimmte man zwar darin überein, „daß ein innigeres Verhältnis zwischen den verbündeten politischen Staaten auch auf wirtschaftlichem Gebiete hergestellt werden müsse. . . . Ehe aber die ungarischen wirtschaftlichen Faktoren, sowohl die Industriellen wie die Agrarier einen definitiven Beschluß fassen, wollen sie mit den österreichischen Fachkreisen zu einer Übereinstimmung gelangen; denn wenn auch Ungarn, wie dies Dr. Weckerle (Ministerpräsident a. D.) ebenfalls ausführte, die Wahrung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit als Grundsatz aufstellt, will es doch in Verhandlungen mit Deutschland erst eintreten, wenn es mit Österreich ein gemeinsames Programm vereinbart hat." Und der Industrielle Klub in Wien, der in seiner Jahresversammlung ebenfalls Stellung zu der schwebenden Frage genommen hat, forderte in seinen Leitsätzen: „Selbstredend erfordert jede Verhandlung mit dem Deutschen Reich die vorherige langsichtige Regelung unseres Verhältnisses zu Ungarn." Ob diese zustande kommt, bevor es zu spät ist, wage ich hier nicht zu beurteilen. Überraschen mußten die Ausführungen im Wiener „Fremdenblatt" vom 20. Juli, die offenbar offiziöser Natur sind. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als die Einstellung der Diskussion über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn überhaupt. U. a. wird gesagt: „Allein auch die fachlich zuständigen Kreise werden sich darüber klar werden müssen, daß die Fortführung der Diskussion im gegenwärtigen Augenblick mancherlei Bedenken wachruft. Den Männern, welche im ernsten geschäftlichen Leben stehen, kann nicht entgangen sein, daß es heute im großen und ganzen verfrüht und daher nicht zeitgemäß ist. Die militärischen Ereignisse sind noch im Flusse, die künftige politische Gestaltung ist noch ungewiß, es fehlen darum wichtige Voraussetzungen für eine sachgemäße Beurteilung der handelspolitischen Fragen." Aus dieser Verlautbarung muß man den Eindruck gewinnen, daß gewissen Kreisen in Österreich-Ungarn das fortgesetzte Drängen nach dem Beginn wirtschaftspolitischer Verhandlungen zwischen den beiden Zentralmächten, ja selbst die Vorschläge, die jene fördern konnten, höchst unangenehm sind.

Aus einer handelspolitischen Annäherung kann nur dann eine wirtschaftliche Gemeinschaft werden, wenn sie den beiderseitigen Interessen entspricht. Tut sie das nicht, wird sie unter der Decke Widerstände wachrufen, Gegnerschaften erzeugen, die selbst einem bestehenden politischen Bündnis

gefährlich werden können. Man wird dies bei den Vorschlägen, die einer wirtschaftlichen Annäherung dienen sollen, wohl beachten müssen. Man wird es auch beachten müssen, wenn man die Stimmen, die aus Österreich und Ungarn kommen, richtig würdigen will. Die Begeisterung, die die gewaltigen Waffentaten der beiden Bundesgenossen ausgelöst haben, hat zu Vorschlägen verleitet, die von Österreich-Ungarn eine glatte Ablehnung erfahren mußten. Dabei darf man nicht vergessen, daß in der Donaumonarchie gegen die Handelspolitik des Deutschen Reiches ein starkes Mißtrauen besteht, das in dem letzten Handelsvertrag der beiden Zentralmächte seine tiefste Ursache hat. Österreich-Ungarn glaubt sich heute noch durch ihn übervorteilt, weil Deutschland die Herabsetzung wichtiger Industriezölle von Österreich erlangt hat, während diesem selbst nur unbedeutende Zugeständnisse gemacht worden seien. Dazu kommt noch ein anderes! In Deutschland hat sich vor dem Kriege eine wenigstens sehr laute Agitation für eine Ermäßigung bestimmter Schutzzölle bemerkbar gemacht, die vor allem aus Handelskreisen hervorging. Die weiterverarbeitende Industrie war dabei nicht in dem Maße beteiligt, wie man es wohl gerne hinstellte, wenn da und dort auch Stimmen für einen Abbau unserer Zölle laut wurden. Die Verbindung zwischen dem Zentralverband der deutschen Industriellen und dem Bund der Industriellen, die Verbindung zwischen der Vertretung der Rohstoff- und der weiterverarbeitenden Industrie ist doch ein deutliches Zeichen dafür, daß auch diese noch volles Verständnis für die Bedeutung der Schutzzölle hatte. Infolge dieser Agitation für einen Abbau der Schutzzölle wären vor dem Kriege etwaige Bestrebungen zur Herbeiführung einer wirtschaftspolitischen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt gewesen. Auf die Haltung mancher Kreise in Österreich-Ungarn dürfte diese Agitation auch heute noch von bestimmendem Einfluß sein, zumal die Bestrebungen keineswegs aufgegeben sind. Sie traten nur nicht hervor, einmal weil der Zeitpunkt ungeeignet ist, vielleicht aber auch, weil ja unter der Not der Zeit die wichtigsten Agrarzölle aufgehoben worden sind. Diese Tatsachen kennt man in Österreich-Ungarn auch — und sie machen mißtrauisch gegen Deutschland. Denn Österreich denkt nicht daran, seine Zölle zu ermäßigen, und die Lage seiner Industrie rechtfertigt wohl diesen Standpunkt, denn sie bedarf der Zölle tatsächlich noch.

Der weitestgehende Vorschlag, der mit ebensoviel Begeisterung wie Nichtberücksichtigung der tatsächlichen Ver-

hältnisse gemacht worden ist, ist der einer Zollunion. Deutschland und Österreich-Ungarn sollen dabei ein *einheitliches Wirtschaftsgebiet* bilden das keine Zölle voneinander trennt, das aber eine *gemeinsame Zollgrenze* gegen das Ausland hat. Eine einheitliche Handelspolitik gegenüber dritten Staaten wäre dabei Voraussetzung. Das *letztere* wäre diskutabel, das erstere nicht. Eigentümlicherweise sind gerade Kreise in Deutschland für diesen *extremsten* Plan eingetreten die sonst sehr viel Sympathien für Österreich haben. Eigentümlicherweise — denn dieser Plan in die Wirklichkeit umgesetzt, müßte Österreich schwer *schädigen*, weil seine Industrie durch die übermächtige deutsche *erdrückt* werden müßte. Aus Österreich-Ungarn sind denn auch sofort Stimmen der Abwehr laut geworden, die ohne weiteres den Plan einer vollständigen Zollunion *verworfen* haben. Der Grund der Ablehnung liegt in der nicht *grundsätzlich*, aber *graduell* verschiedenen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Auf diese Verschiedenheit werde ich nachher zu sprechen kommen. Hier sei nur noch kurz erwähnt, daß einer Zollunion, die natürlich in Bälde ins Leben zu treten hätte, sich fast unüberwindliche *technische* Schwierigkeiten entgegenstellen. Es ist selbstverständlich, daß es nicht angängig wäre, dem einen oder dem andern Lande einfach das Zollsystem Österreichs oder Deutschlands aufzuzwingen. Der Zolltarif ist — soweit er nicht reine Finanzzölle aufweist, das sind solche, die lediglich den Zweck haben, einem Lande Geld einzubringen — der *Ausdruck der wirtschaftlichen Entwicklung* eines Landes im Verhältnis zur Weltwirtschaft. Die im Verhältnis zum *Wert* höchsten Zölle sind für *die* Produkte festgesetzt, die die ausländische Konkurrenz am schwersten ertragen können, die ohne Schutz Gefahr liefen, vom ausländischen Wettbewerb erdrückt zu werden. Einen im Verhältnis zum Wert nur *geringen* Zollsatz weisen die Erzeugnisse derjenigen Produktion auf, die im Inlande so erstarkt ist, daß sie bei der unbeschränkten Konkurrenz des Weltmarktes bestehen kann; die noch bei einer Preisbildung bestehen kann, die unter den *günstigsten* Produktionsbedingungen stattfindet. Der deutsche und österreichische Zolltarif sind in ihrem ganzen Aufbau und den einzelnen Sätzen vollständig voneinander verschieden. Ich erwähne hier nur, daß z. B. die Zölle für *Agrarprodukte* in Österreich-Ungarn nicht unbedeutend niederer sind als in Deutschland, daß aber umgekehrt die für *Industrieprodukte* die Zölle in Deutschland vielfach bedeutend übersteigen. Der österreichische Tarif weist eben deshalb z. B. für

die Textilindustrie eine eingehendere Gliederung auf als der deutsche, weil er ganz anders Rücksicht auf die besondern Verhältnisse der Industrie nehmen und deshalb viel mehr ins einzelne gehen muß. Da wie gesagt der Zollsatz nicht etwas rein Äußerliches, sondern in den Verhältnissen der Produktion begründet ist, da diese ferner in beiden Ländern durchaus verschiedene Bedingungen aufweist, so müßte ein neuer gemeinsamer Zolltarif, der bei der Zollunion selbstverständlich ist, sich auf einer mittlern Linie aufbauen, die den verschiedenen Verhältnissen in beiden Ländern Rechnung trägt. Man denke sich aber die vielen schwierigen Verhandlungen, die zwischen den beiderseitigen Behörden stattfinden müßten, denke an die Erhebungen, die notwendig wären, um zu keinem ungünstigen Ergebnis zu gelangen, denke endlich an die Berge von Eingaben aus Interessentenkreisen, die alle durchgearbeitet werden müssen, und man wird verstehen, wie laienhaft der Vorschlag ist, den bestehenden Zustand durch eine Zollunion abzulösen.

Noch andere zum Teil nicht weniger schwierige Fragen gäbe eine Zollunion zu lösen. Die Einrichtung einer gemeinsamen Verwaltung; ihre Abänderung und Durchführung nach den gleichen Grundsätzen wäre ein gewaltiges Arbeitsfeld. Die Verteilung der Unkosten aus den gemeinsamen Erträgen ließe sich schließlich leicht bewältigen, wenn die Verwaltungsfrage einheitlich geregelt wäre. Wie aber stände es mit der Verteilung der verbleibenden Zolleinnahmen? Sollen sie nach der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Länder verteilt werden oder nach welchem andern Verteilungsmaßstab? Das sind Fragen, die gar leicht gestellt, aber sehr schwer beantwortet werden können.

Heute wird kaum mehr von einer Zollunion gesprochen. Die Klärung hat die überall einsetzende Diskussion gebracht. Man ist bescheidener geworden: am bescheidensten die, die lediglich einen für beide Teile günstigen Handelsvertrag wünschen. Mit einem solchen ist selbstverständlich dem anfangs angedeuteten Zweck, durch wirtschaftliche Interessengemeinschaft das politische Bündnis fest zu verankern — nicht gedient. Denn an einem bloßen Handelsvertrag kann jeder dritte Staat teilnehmen, wenn in einem Handelsvertrag mit ihm das Recht der Meistbegünstigung aufgenommen wird. Dieses besteht bekanntlich darin, daß der Handelsvertragsstaat alle Vorzüge ohne weiteres genießt, die dem meistbegünstigten Staat eingeräumt worden sind. Der endliche Zweck einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich muß die Zollunion sein, wenn diese selbst jetzt auch

noch nicht lebensfähig ist. Deshalb muß ein *Zwischenzustand* geschaffen werden, der jenes große Ziel *vorbereitet*, ein Zwischenzustand, der die *wirtschaftlichen Voraussetzungen* zur endlichen Zollunion schafft. Der Zwischenzustand müßte — und das ist auch das nächste Ziel — eine *gegenseitige Vorzugsbehandlung* beider Staaten sichern, die selbstverständlich der Teilnahme dritter Staaten durch die Meistbegünstigung entzogen wäre. Die Vorzugsbehandlung bestände darin, daß für bestimmte Produkte die Einfuhrzölle im Verkehr zwischen den beiden Staaten *mäßiger* gehalten würden, als sie im Verkehr mit andern Staaten sind. Während des Zwischenstadiums müßte und könnte allmählich eine Annäherung der beiderseitigen *Zolltarife* eintreten. Die Vorzugsbehandlung brächte es mit sich, daß Deutschland und Österreich in ihrer *Handelspolitik* dritten Staaten gegenüber ständig in Fühlung blieben, daß über das Maß der Zugeständnisse, die in einem Handelsvertrag einem Dritten gemacht werden sollen, vorher eine *Einigung* zwischen den beiden Bundesgenossen erzielt wäre.

Die größte Schwierigkeit auch für eine derartige wirtschaftspolitische Annäherung liegt in der *verschiedenen Wirtschaftsentwicklung*, die die beiden Länder aufweisen. Die innigste Annäherung wäre leicht, wenn der wirtschaftliche Charakter der beiden Länder *prinzipiell* voneinander *verschieden* wäre, wenn Österreich-Ungarn etwa reiner Agrarstaat, Deutschland dagegen reiner Industriestaat wäre, der seine industriellen Erzeugnisse gegen die Früchte der Landwirtschaft eintauschen würde. So liegen die Verhältnisse aber nicht. Deutschland ist Industrie-Agrarstaat — es hat neben einer starken Industrie eine leistungsfähige Landwirtschaft. Zwar ist Österreich heute noch *viel mehr Agrarstaat* als Deutschland, obgleich seine landwirtschaftliche Produktion — besonders verhältnismäßig — viel geringer ist als die Deutschlands — Österreich sowohl aber wie Ungarn weisen eine *Industrie* auf, die eine kräftige Entwicklung verspricht. Und das ist eben, was eine wirtschaftliche Annäherung beider Staaten so schwer macht, daß zwar in Österreich-Ungarn die Entwicklung zum Agrar-Industriestaat schon kräftig *eingesetzt*, aber noch lange nicht die gleiche *Höhe* erreicht hat wie in Deutschland. Österreich fördert seine Industrie bewußt durch ein System hoher *Schutzzölle*, das die ausländische Konkurrenz ungefährlicher macht. Sowohl die Eisen- wie die Textilindustrie sind unter dem Schutz zum Teil recht hoher Zölle gut gediehen. Das hat die deutsche *Textilindustrie*

im Balkankriege zu fühlen bekommen, als die österreichische in Ermangelung des Absatzes auf den Balkanländern ihre Erzeugnisse nach Deutschland warf und der deutschen Textilindustrie eine recht unangenehme Konkurrenz bereitete. Aber trotz der guten Ansätze könnte die österreichisch-ungarische Industrie eben doch nicht mit der deutschen konkurrieren und müßte im freien Wettbewerb unbedingt unterliegen. Das wissen die österreichischen Industriellen auch, und deshalb stehen sie der handelspolitischen Annäherung mit einer gewissen Kühle gegenüber. In der bisherigen Diskussion macht sich ein Mangel an praktischen Vorschlägen bemerkbar, der deutlich zeigt, wie schwer eine den beiderseitigen Interessen gerecht werdende Einigung ist. Man wird kaum einen Vorschlag finden, der bestimmt sagt, welche Zölle im Verkehr zwischen den beiden Ländern ermäßigt werden könnten. Nur das eine hört man, daß die Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate wohl eine Ermäßigung erfahren könnten, ohne die Interessen zu gefährden.

Die gegensätzlichen Interessen, die eine handelspolitische Annäherung erschweren, liegen vor allem in den industriellen Verhältnissen. In der Lage der Landwirtschaft ist weder in Deutschland noch in Österreich-Ungarn ein hemmender Grund zu ersehen, wenn da und dort auch in Deutschland schon Stimmen laut geworden sind, die für unsere Landwirtschaft fürchten. Wenngleich Österreich-Ungarn keine geringe Menge landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland ausführt, so wird dadurch unsere Landwirtschaft nicht gefährdet, handelt es sich doch meist um solche Erzeugnisse, die eben unsere Landwirtschaft selbst nicht in genügender Menge hervorbringt. Der größte Teil der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse entfällt auf Gerste, an der die heimische Landwirtschaft ja lange nicht den Bedarf deckte. Im übrigen benötigt Österreich-Ungarn seine landwirtschaftliche Produktion ziemlich für sich. Die Zeiten sind vorbei, in denen es ein Getreideausfuhrland war. Mit Ausnahme von Gerste, deren Überschußerzeugung Deutschland fast ganz aufnimmt, führt Österreich-Ungarn kein Getreide mehr aus. Es produziert gerade so viel, als es selbst brauchen kann. U. E. hätte eher Ungarn bei landwirtschaftlichen Vorzugszöllen etwas zu fürchten, denn es wäre nicht ausgeschlossen, daß sich unsere Überproduktion an Roggen in Österreich-Ungarn einen Absatzmarkt sucht, zumal wenn es uns nicht gelingen sollte, mit Rußland, das bisher den größten Teil unseres überschüssigen Roggens aufgenommen hat, einen günstigen Handelsvertrag abzuschließen. Rußland hat

einige Zeit vor Kriegsausbruch die Getreidezölle stark erhöht mit dem ausgesprochenen Zweck, die deutsche Roggeneinfuhr zu hemmen.

Von der wirtschaftlichen Entwicklung gibt die **Berufsverteilung** der Erwerbstätigen in Deutschland, Österreich und Ungarn schon ein anschauliches Bild:

	Zähl Jahr	Deutschland	Zähl Jahr	Österreich	Ungarn
Gesamt-Bevölkerung	1907	61 720 529	1900	26 150 708	19 254 559
	1895	—	1890	—	—
Erwerbstätige	1907	28 092 117	1900	13 476 773	8 690 067
	1895	—	1890	—	—
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1907	9 883 257	1900	8 205 574	6 055 390
	1895	8 292 692	1890	8 469 223	5 425 205
Industrie u. Bergbau	1907	11 256 254	1900	3 138 800	1 184 400
	1895	8 281 220	1890	2 880 897	943 468
Handel und Verkehr	1907	3 477 626	1900	723 401	362 709
	1895	2 338 511	1890	577 698	362 116
Armee und Marine	1907	651 194	1900	209 037	132 336
	1895	630 978	1890	187 507	114 339
Sonst. öffentl. Dienste freie Berufe	1907	1 087 336	1900	388 123	213 910
	1895	794 983	1890	312 029	165 089
Häusliche Dienstboten	1907	1 264 755	1900	478 756	385 324
	1895	1 339 316	1890	456 277	376 270
Sonstige Erwerbstätige	1907	471 695	1900	313 082	355 998
	1895	432 491	1890	267 375	350 281

Von 100 Erwerbstätigen gehören zu jeder Berufsabteilung

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1907	35,2	1900	60,9	69,7
	1895	37,5	1890	64,4	71,0
Industrie u. Bergbau	1907	40,0	1900	23,3	13,6
	1895	37,4	1890	21,9	12,4
Handel und Verkehr	1907	12,4	1900	5,4	4,2
	1895	10,6	1890	4,4	3,4
Armee und Marine	1907	2,3	1900	1,7	1,5
	1895	2,8	1890	1,4	1,5
Sonst. öffentl. Dienste freie Berufe	1907	3,9	1900	2,9	2,5
	1895	3,6	1890	2,4	2,2
Häusliche Dienstboten	1907	4,5	1900	3,5	4,4
	1895	6,1	1890	3,5	4,9
Sonstige Erwerbstätige	1907	1,7	1900	2,3	4,1
	1895	2,0	1890	2,0	4,6

Ohne im einzelnen auf die Zahlen, die für sich sprechen, näher einzugehen, sei nur erwähnt, daß der prozentuale Anteil, den die Erwerbstätigen in Industrie und Handel stellen, in Deutschland viel größer ist als in Österreich und erst recht in Ungarn. Umgekehrt ist hier der Anteil der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft bedeutend größer als in Deutschland. Für die Beurteilung der industriellen Entwicklung ihres Landes ist seine Roheisengewinnung ein guter Maßstab. Diese betrug im Deutschen Reich im Jahre 1912 17,6 Millionen Tonnen, in Österreich 2,6 Millionen. Für die gewaltige Entwicklung, die Deutschlands Industrie genommen hat, spricht am besten die Tatsache, daß sie um die Jahrhundertwende die Roheisenerzeugung Englands überholt hat und nun nur noch von den Vereinigten Staaten übertroffen wird. Auch die Kohlenförderung bleibt in Österreich und Ungarn weit hinter der Deutschlands zurück. Sie betrug in Deutschland 174,9 Millionen Tonnen im Jahre 1912 im Werte von 1,8 Milliarden Mark, in Österreich und Ungarn dagegen nur 17 Millionen Tonnen im Werte von 151 Millionen Mark. Auf den Stand der Textilindustrie läßt sowohl der Baumwollverbrauch wie die Anzahl der Baumwollspindeln einen Schluß zu. Der erstere betrug in Deutschland 1912/13 1 579 737 Ballen, in Österreich dagegen 837 065 Ballen; in Deutschland waren am 1. März 1914 etwa 14 Millionen Spindeln vorhanden, in Österreich ungefähr 5 Millionen. Der deutsche Außenhandel hatte in der Einfuhr im Jahre 1913 einen Wert von 10,8 Millionen, in der Ausfuhr einen solchen von 10,1 Milliarden Mark; die Einfuhr in Österreich-Ungarn hatte nur einen Wert von 2,9, die Ausfuhr einen solchen von 2,3 Milliarden Mark. Schon diese wenigen Zahlen genügen, um die gewaltige wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands darzutun, aber auch um das Mißtrauen zu begreifen, das man in Österreich-Ungarn gegen eine wirtschaftspolitische Annäherung hegt. Denn die Gefahr ist tatsächlich für die österreichische Industrie vorhanden, daß sie von der deutschen erdrückt wird, wenn ihr nicht auch gegen sie ein genügender Schutzzoll gewährleistet wird. Man begreift unter diesen Umständen die unbedingte Ablehnung einer Zollunion durch Österreich und die vorsichtige Aufnahme auch der weniger weitgehenden Vorschläge.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß einem Zwischenzustand der angedeuteten Art die Aufgabe zukommt, die österreichische Industrie zu kräftigen. Das darf nicht nur durch die Erhaltung hoher Schutzzollmauern geschehen, eine weitsichtige planmäßige

Industrialisierungspolitik muß hierzu mitwirken. Ausbau der *Wasserstraßen*, Zuführung von *Kapital*, eine großzügige *Eisenbahnpolitik*, Verbesserung der Valuta — das sind einige Momente, die der Belebung des industriellen Lebens in Österreich-Ungarn förderlich sein können.

Treten Deutschland und Österreich-Ungarn bei den handelspolitischen Verhandlungen der Zukunft als *geschlossene Einheit* auf, so wird es ihnen leichter sein, von den jetzigen *Gegnern* handelspolitische Zugeständnisse zu erreichen. Denn es wird auch unsern Feinden darauf ankommen müssen, solche von uns zu erlangen. Es kann ihnen nicht gleichgültig sein, ob zwei Reiche mit einer Bevölkerung von weit über 100 Millionen Einwohnern sich von ihrer Zufuhr abschließen oder nicht. Und mit diesem wirksamen Mittel, daß wir uns abschließen, können wir *drohen*. Der Krieg hat uns auf eigne Füße gestellt. Unsere *Industrie* stellt Produkte her, die wir vorher aus dem Auslande beziehen mußten, unsere *Landwirtschaft* hat gezeigt, daß sie leistungsfähig ist und die Bevölkerung ohne Schwierigkeiten ernähren kann. Bei der Verteidigung einer nationalen Handelspolitik hat die Notwendigkeit der Erhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft, die uns im schlimmsten Falle selbst ernähren konnte, eine große Rolle gespielt, wenn dieses Beweismittel auch von den Gegnern der landwirtschaftlichen Schutzzölle meist eine höhnische Zurückweisung erfuhr. Der Fall ist nun tatsächlich eingetreten, daß die *Lebensmittelzufuhr* aus dem Auslande vollständig unterbunden ist, daß wir ganz allein auf die heimische Produktion angewiesen sind. Gerade zur *Erhöhung der wirtschaftlichen Selbständigkeit* wäre eine wirtschaftspolitische Annäherung mit Österreich-Ungarn von der größten Bedeutung — wenn auch nicht für die Gegenwart, so doch für die Zukunft. Ich habe oben schon gesagt, daß Österreich-Ungarn noch viel mehr Agrarstaat ist als Deutschland. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Erzeugung der wichtigsten landwirtschaftlichen Nährfrüchte, insbesondere des Getreides, größer ist als in Deutschland. Mit Ausnahme des Weizens ist das Gegenteil der Fall; auch der *Kartoffelertrag* bleibt weit hinter dem Deutschlands zurück. Der Grund dieser Erscheinung liegt nicht in einer durch *natürliche* Verhältnisse bedingten geringern Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens, er liegt vielmehr einzig und allein in der geringern *Betriebsintensität* der Landwirtschaft in Österreich-Ungarn. Weite Strecken Landes dienen hier noch der *Weidenutzung*, die bei der starken *Schafhaltung* Österreichs und

besonders Ungarns notwendig ist. Eine große Schafhaltung hat aber noch immer als Beweis für eine geringe Intensität des landwirtschaftlichen Betriebs gegolten, weil sie die unrationellste Verwendung des Grund und Bodens — eben als Weide — bedingt. Der Bestand an Forsten und Wäldern weist in Österreich-Ungarn einen ganz andern Umfang auf als in Deutschland. Die Frage ist nicht unberechtigt, ob die Erhaltung eines Bestandes in diesem Umfange notwendig ist und ob es nicht rationeller wäre, einen Teil des dazu geeigneten Bodens der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Selbst wenn man aber auch von der Vermehrung der landwirtschaftlich genutzten Fläche absieht, auch die gegenwärtig in Nutzung stehende könnte ganz andere Erträge abwerfen, wenn sie mit der nötigen Intensität bewirtschaftet würde. Das ergibt sich, wenn wir die Hektarerträge der wichtigsten landwirtschaftlichen Nährfrüchte in Deutschland und Österreich-Ungarn vergleichen. Es wurden geerntet auf dem Hektar Weizen in Deutschland 23,6 Doppelzentner, in Österreich 15,0 und in Ungarn 12,8 Doppelzentner, die Hektarerträge an Roggen betrugen in der gleichen Folge 19,1, 14,6 und 11,9 Doppelzentner; an Gerste 22,2, 16,0, 14,4 Doppelzentner; an Hafer 21,9, 13,0, 11,7 und an Kartoffeln 158,6, 100,2 und 75,4 Doppelzentner. Aus diesen Zahlen ist leicht zu schließen, daß der Ertrag in Österreich und besonders in Ungarn bei Zuführung von Kapital und Arbeit noch gewaltig gehoben werden könnte. Ob und inwieweit vorab eine innere Kolonisation zur Hebung der Betriebsintensität notwendig wäre, soll hier nicht erörtert werden, nur das sei bemerkt, daß der ausschließliche Großgrundbesitz, wie er sich in Ungarn findet, für die rationellste und intensivste Bewirtschaftungsweise nicht die günstigste Vorbedingung ist. Daß der Viehbestand — sowohl der an Pferden, Rindvieh und Schweinen — weit hinter dem Deutschlands zurückbleibt, ist nicht zuletzt auf das Überwiegen des Großgrundbesitzes zurückzuführen, der ja auch in Deutschland viel weniger Vieh hervorbringt als der kleine und mittlere Grundbesitz. Legt man den Hektarertrag Deutschlands auch für Österreich und Ungarn zugrunde, so könnte — nach dem Verbrauch in Deutschland gerechnet — die Produktion an Weizen für über 50 Millionen Menschen mehr ausreichen, als sie jetzt ausreicht; auch bei Roggen, Hafer und Kartoffeln wäre ein großer Überschuß zu verzeichnen. Nur bei Gerste, an der Österreich-Ungarn allein mehr hervorbringt als es selbst benötigt, würde sich — der Bedarf der beiden Monarchien zusammen genommen — auch bei erhöhten Hektarerträgen in Österreich-Ungarn eine Fehl-

menge ergeben, die in der geringen Eigenproduktion Deutschlands seine Erklärung findet. Es wäre wiederum Aufgabe des Zwischenzustandes einer wirtschaftspolitischen Annäherung, die landwirtschaftliche Produktion zu heben.

Aus dem hier Gesagten geht wohl auch hervor, weshalb Deutschland es unangenehm empfinden müßte, wenn Ungarn nicht in die handelspolitische Annäherung einbezogen werden könnte. Denn gerade es bietet in der landwirtschaftlichen Produktion die größten Entwicklungsmöglichkeiten — und die sind, wie der gegenwärtige Krieg wohl genügsam gezeigt, von der allergrößten Bedeutung.

Eine wirtschaftspolitische Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn müßte sich selbstverständlich in den beiderseitigen Handelsbeziehungen äußern. Sie waren bisher schon recht rege und nahmen im Außenhandel beider Staaten einen großen Raum ein. Die Bedeutung wird nach dem Kriege noch steigen. Denn wenn es auch unser Streben sein muß, die verlorenen Absatzmärkte des Auslandes wieder zurückzuerobern, und wenn das schließlich uns auch gelingen wird, so können doch Jahre hingehen, bis der Zustand vor dem Kriege wieder erreicht ist.

Da gewinnt denn Österreich-Ungarn als Absatzmarkt für Deutschland und umgekehrt erhöhte Bedeutung. Der Wert der deutschen Ausfuhr nach Österreich-Ungarn betrug 1913 1104,8 Millionen Mark oder 10,9 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Eine noch größere Bedeutung hat aber Deutschland als Absatzmarkt für Österreich-Ungarn gehabt. Die Ausfuhr Österreich-Ungarns nach Deutschland hatte 1913 einen Wert von 827,3 Millionen Mark bei einer Gesamtausfuhr von 2348 Millionen Mark. Für die Durchführung der wirtschaftspolitischen Annäherung ist die Tatsache von Bedeutung, daß Österreich-Ungarn in der Hauptsache Rohstoffe oder landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Deutschland gegen hochwertige Industrieprodukte einkauft.

Trotz der vielen politischen und wirtschaftlichen Gründe, die für eine wirtschaftspolitische Annäherung sprechen, darf keine Überstürzung in der Durchführung eintreten. Jedes Zuviel müßte zerstören und das endliche Ziel in unabsehbare Ferne hinausschieben. Der Grad der Annäherung muß organisch aus den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen herauswachsen — nur dann kann etwas Dauerndes geschaffen werden, nur dann ist Gewähr vorhanden, daß das politische Bündnis durch eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft fest und unzertrennlich verankert wird.

Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, M.Gladbach
Volksvereins-Druckerei M.Gladbach 8505